

# Nachrichten für Naunhof

## und Umgegend

(Abrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Cöha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Kluga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staadtitz, Therna usw.)  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Er scheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 5.—, jährlich Mk. 50.— ohne Auslagen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 70 Pfg., auswärts 80 Pfg. Umhüllter Teil Mk. 1.50. Reklamazeile Mk. 1.50. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Verteilungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Vertraut: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Götting & Co., Naunhof bei Cöppitz, Markt 2.

Nummer 99

Sonntag, den 21. August 1921

32. Jahrgang

### Amthliches.

In der gestrigen 16. diesjährigen Sitzung des Stadgemeinderates ist folgendes beraten und beschlossen worden.

1. Von einer Einladung der Verbandssammlung des Landespenkionsverbandes Sächsischer Gemeinden in Dresden nahm man Kenntnis.

2. Davon, daß die Gebäude des städtischen Hauses Lange Straße 1 mit 28500 Mk. (Friedenspreis) zur Landesbrandkasse eingeschätzt worden sind, nahm man Kenntnis.

3. Der Feblbetrag der Gemeindepflege in Höhe von 4500 Mark wurde aus der Stadtkasse bewilligt.

4. Anstelle der aus dem Ausschuss für die Gemeindepflege abgetretenen Herren Ebersbach und Koch wurden die Herren Tischler Hedermann und Stadtordeener Meusel gewählt.

5. Auf das Gesuch eines Ausländers, ihm den Aufenthalt in Naunhof zu gestatten, wurde Entschädigung gefordert. Dem Antragsteller soll anheimgegeben werden, den Antrag auf Einbürgerung zu stellen.

6. Von dem Gutachten der Landesstelle für öffentliche Gesundheitspflege in Dresden über die Wasserversorgung der Stadt Naunhof wurde Kenntnis genommen. Das Gutachten wird veröffentlicht werden.

7. Die Haushaltspläne auf das Rechnungsjahr 1921 wurden eingehend besprochen und es wurde den Beschlüssen des Rechnungs- und Verfassungsausschusses allenthalben zugestimmt.

8. Die Beschlüsse des Bauausschusses vom 15. d. M. wurden genehmigt. Hierbei handelte es sich u. a. um die Genehmigung eines Abkommens mit Herrn Sattlermeister Wilhelm wegen Umbaus, um ein Gesuch des Wachtmeisters wegen Erneuerung seiner Wohnung, um Ausbesserungen des Rathaussturmes und um einige Hoflands-Wohnhaus-Angelegenheiten.

9. Dem Fürsorgeauschuss wurde die endgültige Vergebung der Wohnungen in den Hoflandsbauten übertragen.

10. Einem Beschlusse des Sparkassenausschusses vom 16. d. M. wegen Gewährung eines Darlehens von 500 000 Mk. an die Kreditkassensächsischer Gemeinden trat man bei.

11. Die Beschlüsse des Rechnungs- und Verfassungsausschusses vom 17. d. M. wurden genehmigt. Sie betrafen u. a. die Kenntnisnahme von Kassen- und Vermögensübersichten für das Ende des Rechnungsjahres 1920, die Durchberatung der Haushaltspläne der städtischen Kassen, die Aufstellung eines neuen Dienstplanes für die Polizeibeamten, die Kenntnisnahme von einer Verordnung des Ministeriums des Innern über die Erhebung der Wohnungsluxussteuer, die Genehmigung der Aufnahme eines Tilgungsdarlehens von 60 000 Mk. durch die Schulgemeinde, die Einkufung des Ratsdieners Driop nach Gruppe IV der Beförderungsordnung.

12. Die Beschlüsse des Gasanstaltsausschusses vom 15. d. M. wurden genehmigt. Sie betrafen u. a. die Vergebung des Gasometers und des Leeres, die Anschaffung eines Gasometerprüfapparates, das Leeren der Dächer in der Gasanstalt, das Streichen der beiden Gasbehälter, die Ablehnung des Angebots zur Herstellung einer Wassergasanlage, die Zustimmung des Leereschusses bei der Gasanstalt vom Jahre 1919 in Höhe von 21 397 Mk. 94 Pfg. an die Stadtkasse, den vorläufigen Abschluß der Gasanstaltskontenrechnung und die Vorlage des Haushaltsplanes auf 1921.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Naunhof, am 19. August 1921. Der Stadgemeinderat.

Diesigen Steuerpflichtigen, denen zur Reichseinkommensteuer ein vorläufiger Steuerbescheid zugegangen ist, haben die vorläufig zu entrichtende Reichseinkommensteuer auf die 1. und 2. Rate innerhalb 3 Wochen vom Tage der Zustellung des Bescheides abgerechnet an die hiesige Stadtkasseneinnahme zu bezahlen.

Naunhof, am 19. August 1921. Der Bürgermeister.

Die Belieferung der Kohlegrund- und Zusatzkarten sowie der Bezugskarte sind bis zu 50 Prozent freigegeben worden und zwar mit Rücksicht darauf, daß im Sommer viele kleinere Verbraucher auf die ihnen zustehenden Mengen verzichten, andere wieder für den Winter sich einzudecken gewillt sind.

Naunhof, am 19. August 1921. Der Bürgermeister.

### Schlußdienst.

Drachnachrichten vom 20. August.

Das deutsche Eigentum in Portugal.

Berlin. Betreffs der Freigabe deutschen Eigentums in Portugal schweben Verhandlungen zwischen Deutschland und Portugal, doch haben diese noch nicht zu einem Ergebnis geführt.

Untersuchungen bei einer Kriegesgesellschaft.

Berlin. Der Geschäftsführer der Seidenverwertungsgesellschaft

schaff t. z. Dr. Leh. ist nach Urkundenfälschungen und Untersuchungen von Geldern der Gesellschaft schuldig geworden und wird strafrechtlich verfolgt.

### Bayern gibt nach.

München. Der bayerische Ministerrat befaßte sich mit dem abschließenden Bescheid der Reichsregierung in der Frage der Getreidekontrollen. Soweit sich übersehen läßt, wird Bayern den Konflikt mit dem Reich nicht auf die Spitze treiben, sondern sich auf den Boden der Reichsverfassung stellen.

### Wiederaufnahme der Eisenbahn.

Dresden. Die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrtsgesellschaft hat ihren Personen- und Frachtdampfschiffahrtsbetrieb auf der gesamten Strecke Dresden—Leitmeritz—Mühlberg wieder aufgenommen.

### Die Untersuchungen bei der Reichsbank.

Bln. Die Untersuchungen bei der Reichsbankstelle Köln betreffen sich auf 2 Millionen Mark. Der schuldige Beamte soll nach Holland entkommen sein.

### Regementerei in Schwetzer.

Mannheim. Die Division maroccanischer Truppen in Schwetzer und Umgebung sollte nach Frankreich transportiert werden. Die farbigen Franzosen weigerten sich jedoch, ihre Garnison zu verlassen. Sie gaben auf die französischen Truppen Feuer. Ein Offizier wurde getötet, mehrere Soldaten verwundet. Später wurden die Marokkaner umzingelt. Schwetzer ist jetzt von Belgier besetzt.

### Französische Jäger.

Wiesbaden. Die französische Militärbehörde verfügte, daß 40 Jagden in Rheinbesen, hauptsächlich in den Gemarkungen Rodenheim und Rierlein, zur Ausübung der Jagd durch französische Offiziere vom 14. August an beschlagnahmt werden. Trotz der noch bestehenden Schonzeit ist mit dem rücksichtslosen Abschlag der gerade in diesem Jahre günstigen Fährten- und Hasenbestände begonnen worden.

### Die Rheinbefahrung.

Brüssel. Der belgische Sozialistenführer de Broedre tritt im „Peuple“ für eine Herabsetzung der Besatzungsarmee im Rheinland ein. Die Amerikaner händen bei der Bevölkerung am besten im Ansehen; dann folgten die Engländer. Die Belgier und Franzosen seien am schlechtesten gelitten.

### Das englische Gesetz gegen Unterbietung.

London. Das „Anti-Dumping-Gesetz“ wurde, unter Ablehnung aller Änderungen, vom Ober- und Unterhause in der ursprünglichen Fassung angenommen, so daß es Gesetz werden kann.

### Verrat in der spanischen Armee.

Zanzer. Derselbe aus Melilla meldet, daß der Führer der Rebellen ein Spanier namens Emilio Niso, der früher Kommandant der 2. Batterie in Melilla, sei. Niso er von den Mauren gefangen genommen wurde, bot er Ab der Frier seine Dienste an und soll selbst die Kanonen bedient haben, die Melilla beschoßen.

### „Schweinewirtschaft“.

Aus Berlin wird uns geschrieben:  
Endlich einmal ist das Wort gefallen, in öffentlicher Sitzung eines Stadiparlaments, sogar des Berliner Stadiparlaments. „Die Hungersnot in Rußland ist eine Folge der bodenlos unfähigen kommunistischen Wirtschaft der Sowjetregierung. Es ist eine völlige Verarmtheit, daß in einem deutschen Rathaus zugunsten dieser „Schweinewirtschaft“ gesprochen wurde.“ Der dies sagte, ein Redner der deutschen Nationalen Rathausfraktion, sah sich für seine Worte sofort den pöbelhaftesten Angriffen ausgesetzt, man sprang ihm an die Gurgel, schlug auf ihn ein und verbanderte ihn nach weiteren lärmvollen Zwischenfällen am Weiterreden. Aber nicht jeder, der zuschlägt und andere im Reden zu verhindern weiß, hat recht und behält recht. Von einer „Schweinewirtschaft“ in Rußland haben auch schon andere Leute als deutsche nationale Politiker im mehr oder weniger stillen Kämmerlein ganz unmißverständlich gesprochen, und man braucht insbesondere nur die landläufigen Auseinandersetzungen zwischen Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten zu verfolgen, um die Überzeugung zu gewinnen, daß die Jammerzustände in Rußland auch von ehrlich sozialistischen Leuten in der Hauptsache wenigstens der Sowjetregierung und nur dieser zur Last gelegt werden. Gortis Aufrufe an die Menschheit haben überall den Willen zu helfender Tat geweckt. Die Kommunisten aber besetzen darauf, daß nur das „Proletariat“ berufen sei, den Kampf gegen den Hunger in Rußland zu führen. Sie widersetzen sich nicht nur jeder überparteilichen Hilfsaktion für die Armen und Elendsten im ehemaligen Reich, sie haben sogar den Zusammenschluß der sozialistischen Parteien in Deutschland für diese Hilfsaktion erfolgreich verhindert. Kein Tag vergeht, ohne daß nicht von ihrer Seite das widerwärtigste Gejährt um die Frage erhoben wird, wer einzig und allein dazu berechtigt sei, Rußland zu retten.

Und das alles, obwohl die Sowjetregierung selber, der das Wasser bis zum Hals steht, in diesem einen Falle einmal ausnahmsweise keinen Unterschied zwischen bolschewistischen und nichtbolschewistischen Organisationen machen will. Sie selber wird natürlich nicht eingestehen, daß der Hungertod von Millionen und aber Millionen Menschen durch ihre „Schweinewirtschaft“ verschuldet sei. Aber wenn man in den neuesten Meldungen aus Petersburg zum Beispiel liest, daß in den letzten Tagen in Kronstadt sechs ausländische Schiffe mit Mehl und anderen Lebens-

mitteln eingetroffen seien, der Abtransport in die Hungergouvernements aber nicht vor sich gehen könne, weil die Eisenbahnen wegen Brennstoffmangel ihren Betrieb immer mehr einschränken müßten, so wird dieser Zustand der Dinge doch schmerzlich noch der ehemaligen Jarenregierung aufs Konto gestellt werden können. Wenn man ferner liest, daß der Hunger sowohl von den Bolschewisten wie auch von den Gegenrevolutionären als Propagandamittel ausgenutzt wird, so kann man ob solcher unglaublichen Verirrungen blindwütiger Parteipolitiker wirklich nur verständnislos den Kopf schütteln. Die Bolschewisten sollen, so heißt es in Stockholmer Telegrammen, das hungernde Volk in Flugchriften darauf hinweisen, daß die Hungersnot eine Folge der Gewaltpolitik der ausländischen Kapitalisten sei, die Rußland hermetisch von der übrigen Welt abschlossen, um den Bolschewismus in Hunger und Seuchen zu erstickten. Von den Gegenrevolutionären wiederum soll die augenblickliche furchtbare Lage des Landes hauptsächlich zu monarchistischer Propaganda unter den Bauern ausgebeutet werden. Die Räteregierung habe den Bauern zwar Land gegeben, nehme ihnen aber das schwer erarbeitete Brot wieder fort, um damit die Rote Armee zu ernähren, die dann mordend, raubend, fegend und plündernd auf die unbewaffnete Bevölkerung losgelassen werde. Kann es wundernehmen, wenn unter solchen Verhältnissen Amerika es vorzieht, die Verhandlungen über eine Hilfsaktion für Sowjetrußland abzubrechen? Es hätte seine Hilfe von vornherein an bestimmte Bedingungen politischer Natur geknüpft, und die Moskauer Regierung gab sich zunächst den Anschein, als wäre sie zu deren Erfüllung bereit. Doch scheinen die Amerikaner, durch Erfahrungen der Vergangenheit gewarnt, diese Zusage mit äußerster Mißtrauen aufgenommen zu haben, was der Sowjetregierung gewiß nicht gleichgültig sein kann, denn wirksame Hilfe für die Hungernden kann, wenn überhaupt, einzig und allein aus den Vereinigten Staaten von Amerika kommen.

Doch einerlei, was die Zukunft bringen mag, daß die noch nie erlebte Größe der gegenwärtigen Hungerkatastrophe auf die Besonderheiten des Sowjetregiments, auf das, was jetzt mit den drastischen Worten „Schweinewirtschaft“ bezeichnet wurde, zurückgeführt werden muß, darüber sind sich alle Sachkenner, soweit ihr Urteil nicht parteipolitisch gebunden ist, völlig einig. Auch die deutschen Kriegsgefangenen, die sich diese Wirtschaft viele Monate, zum Teil viele Jahre lang aus nächster Nähe ansehen konnten und jetzt in unserer Mitte weilen, haben diese Überzeugung in die Heimat mitgebracht. Sie wissen zum Teil aus eigener bitterer Erfahrung ein Lied davon zu singen, wie im Herbst 1920 aus Sibirien zum Beispiel alle nur irgendwie erreichbaren Waren und Lebensmittelvorräte auf Schlitzen und Panzertagen nach Rußland geschafft wurden, um zum Teil schon unterwegs spurlos zu verschwinden. Sie haben auch aus eigenem Augenschein beobachtet, wie die Bauern, nachdem ihnen die Früchte ihres Fleißes mit Gewalt fortgenommen waren, den größeren Teil ihrer Bodenflächen unbebaut ließen, um nur noch gerade soviel aus ihrem Bestium herauszuwirtschaften, wie zu ihrer eigenen Erhaltung nötig war. So ist es aber nicht nur in Sibirien, so ist es über das ganze Reich hin gewesen, und namentlich, was die ehemals deutschen Siedlungsgebiete an der Wolga betrifft, so muß leider nach allem, was man von dort hört, gesagt werden, daß auch sie, in Jahrhunderten mit vorbildlichem Fleiß aufgebaut und zu Musterwirtschaften entwickelt, doch rettungslos dem Untergang geweiht sind. Ein ganzes großes Reich ist hier rucklos zerstört worden, und selbst unbegrenzter Opferwilligkeit der ganzen Welt wird es nicht gelingen, die Folgen dieser „Schweinewirtschaft“ wieder gutzumachen.

### Die Hilfsaktionen für Rußland.

Es scheint, als ob die amerikanische Hilfe für Rußland jetzt nach langwierigen Verhandlungen gesichert ist. Hoover erklärte, daß die Amerikaner mit den Sowjets über die Bedingungen für die Ernährung der hungernden russischen Bevölkerung einig geworden sind, und daß insfolgedessen die Hilfsarbeiten sofort ihren Anfang nehmen werden. Ansehenshaft flochten die Verhandlungen kurz vor dem Abschluß, da die vorstehenden Amerikaner einige neue Forderungen aufgestellt haben. Nunmehr will die Sowjetregierung in den Vereinigten Staaten etwa zwei Millionen Bushels Weizen für eine Million Pfund Sterling kaufen. Es ist aber die große Frage, ob Rußland diesen Betrag zahlen kann. Neben Hoover ist Professor Hirthjos Hansen zum Oberkommissar für die internationale Hilfsaktion in Rußland ernannt worden. Er ist zu Besprechungen nach Wiga abgereist.

Aus Moskau wird gemeldet, daß die Arbeiten auf sämtlichen Eisenwerken im Ural eingestellt worden sind. In Westsibirien ist die Ernte durch den Schneeeinbruch vernichtet worden. Auch sonst treffen immer neue Meldungen über die steigende Not und die Schwere der Lage ein, vor allem wegen des Mangels an Transportmitteln. Die Landschaft, die von der Hungersnot betroffen ist, hat einen Umfang von dem anderthalbfachen des Deutschen Reiches und wird von 21 Millionen Menschen bewohnt. In diesen Gebieten werden in normalen Jahren etwa eine Milliarde Rubel Getreide erzeugt (80 Rubel gleich 1 Tonne). Dieses Jahr sind es nur 150 Millionen Rubel, also ein Betrag, der nicht einmal für das Saatcorn ausreicht.